

# **Bildungspolitik: nur einige Kleinparteien unterstützen Selbstbestimmte Bildung in Berlin**

**Die AG Selbstbestimmte Bildung hat 6 Wahlprüfstein-Fragen an alle 34 Parteien, die am 26. September 2021 zur Wahl in Berlin antreten geschickt.**

**Von den im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien haben die AfD, die FDP, die Grünen und die Linke geantwortet.**

Bei allen ist Selbstbestimmte Bildung (als Alternative zur Beschulung) nicht im Parteiprogramm enthalten und keine dieser Parteien möchte, dass selbstbestimmtes Lernen als anerkannter Bildungsweg alternativ zur Beschulung ermöglicht wird. Auch auf die Frage, ob sie dafür sind, die in Deutschland seit 1938 existierende Schulgebäude-Anwesenheitspflicht zu beenden und Verstöße dagegen nicht mehr zu sanktionieren, haben sie überwiegend verneint.

Nur bei den Fragen, ob für alternative Bildungsformen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden sollen und ob sie die Mitbestimmung auch der jungen Menschen, die schulfrei lernen, unterstützen, gab es Zustimmung von der AfD und teilweise von der FDP.

Von mehreren Kleinparteien gab es überwiegend bzw. volle Zustimmung zu unseren Fragen. (siehe Tabelle)

**Hier die Fragen an die Parteien, darunter die Auswertung und weiter unten die ausführlichen Antworten der Parteien.**

Frage 1:

Ist Selbstbestimmte Bildung (als Alternative zur Beschulung) bereits in Ihrem Parteiprogramm enthalten? [ja/nein]

Frage 2:

Setzen Sie sich dafür ein, dass selbstbestimmtes Lernen als anerkannter Bildungsweg alternativ zur Beschulung ermöglicht wird? [ja/nein]

Frage 3:

Wäre Ihre Partei bereit, dass auch für alternative Bildungsformen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden? [ja/nein]

Frage 4:

Die Schulgebäude-Anwesenheitspflicht (Schulzwang) wurde in Deutschland 1938 eingeführt. Finden Sie, dass es nun an der Zeit ist, diese Regelung zu beenden und Verstöße dagegen nicht mehr zu sanktionieren? [ja/nein]

### Frage 5:

Bei demokratischen Schulen sowie freien aktiven Schulen sind selbstbestimmtes Lernen, informelles Lernen und die Mitbestimmung der jungen Menschen ganz zentral. Unterstützen Sie dieses Bildungsmodell auch für junge Menschen, die schulfrei lernen? [ja/nein]

### Frage 6:

Was möchten Sie bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode 2026 für die Bildung der jungen Menschen in Berlin verändern, wenn Ihre Partei in Regierungsverantwortung gewählt wird?

### Skala:

Ja	Eher ja	Weder ja noch nein	Eher nein	Nein
----	---------	--------------------	-----------	------

Parteien	Frage 1: (imParteiprogram?)	Frage 2: (als Bildungsweg anerkennen?)	Frage 3: (Haushaltsmittel für Selbstbestimmte Bildung?)	Frage 4: (Schulzwang beenden?)	Frage 5: (Mitbestimmung der jungen Menschen/ schulfrei)
Bündnis 90/Die Grünen	Nein	Nein	Eher nein	Nein	Nein
Freie Demokratische Partei	Nein	Nein	Weder ja noch nein	Nein	Weder ja noch nein
Die Linke	Nein	Nein	Eher nein	Nein	Nein
Alternative für Deutschland	Nein	Nein	Ja	Eher nein	Eher ja
Ökologisch-Demokratische Partei	Nein	Nein	Eher ja	Weder ja noch nein	Weder ja noch nein
Partei Mensch Umwelt Tierschutz	Weder ja noch nein	Weder ja noch nein	Weder ja noch nein	Weder ja noch nein	Weder ja noch nein
Menschliche Welt für das Wohl und Glücklich-Sein aller	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Deutsche Konservative	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Partei für Gesundheitsforschung	Nein	Weder ja noch nein	Weder ja noch nein	Weder ja noch nein	Weder ja noch nein
bergpartei, die überpartei	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Liberales Demokraten – die Sozialliberalen	Eher nein	Weder ja noch nein	Ja	Ja	Eher ja
Aktion Partei für Tierschutz	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein

# Ausführliche Antworten der Parteien:

## Bündnis 90/Die Grünen

1. Ist selbstbestimmte Bildung (als Alternative zur Beschulung) bereits in Ihrem Parteiprogramm enthalten? **nein**

2. Setzen Sie sich dafür ein, dass selbstbestimmtes Lernen als anerkannter Bildungsweg alternativ zur Beschulung ermöglicht wird? **nein**

3. Wäre Ihre Partei bereit, dass auch für alternative Bildungsformen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden? **nein**

→ Im Rahmen eines Schulversuchs sind wir bereit alternative Bildungsformen auch finanziell zu fördern.

4. Die Schulgebäude-Anwesenheitspflicht (Schulzwang) wurde in Deutschland 1938 eingeführt. Finden Sie, dass es nun an der Zeit ist, diese Regelung zu beenden und Verstöße dagegen nicht mehr zu sanktionieren? **nein**

5. Bei demokratischen Schulen sowie freien aktiven Schulen sind selbstbestimmtes Lernen, informelles Lernen und die Mitbestimmung der jungen Menschen ganz zentral. Unterstützen Sie dieses Bildungsmodell auch für junge Menschen, die schulfrei lernen? **nein**

→ Wir unterstützen selbstbestimmte Lernformen im schulischen Kontext. Schulfreies Lernen bedeutet auch elternabhängige Bildung. Diese Lernform lehnen wir daher ab.

6. Was möchten Sie bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode 2026 für die Bildung der jungen Menschen in Berlin verändern, wenn Ihre Partei in Regierungsverantwortung gewählt wird?

→ Wir wollen die Mitbestimmung der Grundschüler\*innen fördern durch Mitbestimmungsrechte in der Schulkonferenz für gewählte Schüler\*innen ab der 1. Klasse sowie durch die feste Verankerung einer Stunde für den wöchentlichen Klassenrat.

Nicht erst seit Corona wissen wir, dass Kinder mehr benötigen als das Vermitteln von Wissen. Sich selber und die eigenen Fähigkeiten gut zu entwickeln, soziales Miteinander und Mitbestimmung zu erproben – all das soll Schule stärken. Wir wollen eine neue Kultur des Lernens, in der nicht Defizite, sondern stärkenorientiertes Lernen und kognitive sowie soziale Fähigkeiten im Mittelpunkt stehen. Körperliche und psychische Gesundheit sind zentrale Ressourcen für Leistungsfähigkeit, Lebensqualität und soziale Teilhabe, die wir stärken wollen. Und wir wollen Klassen, die die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Dafür brauchen alle Berliner Schulen ausreichend und gut ausgebildetes Personal, eine stärkende und Spaß machende Lernkultur und natürlich gute Bedingungen – das gilt für Gebäude ebenso wie für

gutes Essen am Mittag, eine Vernetzung in den Kiez und digitales Lernen. Unsere Vorstellung von Schule lässt sich am besten umsetzen, wenn Kinder so lange wie möglich zusammen lernen. Darum ist unser Ziel die „eine Schule für alle“ – langes gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen, in denen schnell lernende, leistungsstarke Schüler\*innen genauso gefördert werden wie Schüler\*innen mit besonderen Förderbedarfen. Dazu brauchen vor allem Schulen mit großen Herausforderungen die Einbindung in ein gut funktionierendes Netz der Jugend- und Familienhilfe.

Unser Ziel ist, dass Inklusion und Barrierefreiheit an jeder Schule zur Selbstverständlichkeit werden. Um das Recht auf Teilhabe und diskriminierungsfreies Lernen für alle Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten und gleichzeitig den individuellen Förderbedarfen einzelner Kinder, die intensivere Betreuung bis hin zu einer 1:1-Betreuung notwendig machen, gerecht zu werden, wollen wir bei der Weiterentwicklung der Berliner Schulen zu inklusiven Schulen an die Entwicklung der letzten Legislaturperiode anknüpfen.

Deshalb wollen wir spielerisches und selbstbestimmtes Lernen zum Regelfall in allen Schulen machen. Nur so können wir der Vielfalt der Schüler\*innen gerecht werden und sie auf die Anforderungen der Zukunft vorbereiten. Kooperation, kritisches Denken, Kommunikation und Kreativität müssen dabei die lange Tradition aus Leistungsdruck und starren Lehrinhalten ablösen. Ziffernoten suggerieren eine Vergleichbarkeit der Kinder und sind häufig weder motivierend, noch geben sie Auskunft über Lernerfolg oder Verbesserungsansätze. Perspektivisch streben wir an, von Noten zu einem kompetenzbasierten Lernfeedback überzugehen. Kinder und Jugendliche sollen beispielsweise durch eine stärkere Beteiligung in der Schulkonferenz, Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeit in der Schülervertretung (SV), einen flächendeckenden Klassenrat und Schülerparlamente mehr Raum für Mitbestimmung erhalten.

Berlins Schulen brauchen mehr gut ausgebildetes Personal: von Lehrkräften über Erzieher\*innen, IT-Unterstützung, Supervision, psychologische Betreuung, Sekretariate, Reinigungskräfte und Hausmeisterei bis zu Quereinsteiger\*innen aus verschiedensten Fachrichtungen. Schule als Team vielfältiger Professionen auf Augenhöhe aufzustellen, entlastet Lehrkräfte und stärkt die Qualität des Lernens. Sonderpädagog\*innen, sozialpädagogische Fachkräfte, Schulbegleiter\*innen und zukünftig auch Krankenpfleger\*innen leisten einen unerlässlichen Beitrag zum inklusiven Lernen. Diversität im Team Schule ist für uns ein wichtiges Ziel.

## **Freie Demokratische Partei**

*1. Ist Selbstbestimmte Bildung (als Alternative zur Beschulung) bereits in Ihrem Parteiprogramm enthalten?*

Nein.

*2. Setzen Sie sich dafür ein, dass selbstbestimmtes Lernen als anerkannter Bildungsweg alternativ zur Beschulung ermöglicht wird?*

Nein. Wir sind davon überzeugt, dass der Schulunterricht in der Gemeinschaft und Interaktion mit anderen Gleichaltrigen wichtige soziale Kompetenzen und Erfahrungen vermittelt, die unverzichtbar sind, wenn Menschen sich in der modernen Gesellschaft behaupten sollen. Unser Ideal ist nicht das Haus- und Privatlehrertum des Adels und Großbürgertums der Vergangenheit, von dem selbst die Monarchien der Welt längst Abschied genommen haben, die ihren Nachwuchs auf öffentliche Schulen schicken.

*3. Wäre Ihre Partei bereit, dass auch für alternative Bildungsformen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden?*

Die FDP tritt für die finanzielle Gleichstellung von Schulen in freier Trägerschaft und staatlichen Schulen ein. Wir wollen die selbst- und eigenständige Schule mit jeweils spezifischem Profil und individuellen Lernformaten nach bundesweit einheitlichen Bildungsstandards. Damit ist auch Raum für alternative Bildungsformen gegeben. Die freien Träger leisten in Berlin einen anerkannten Beitrag für die Bildungslandschaft.

Das „Modell“ des staatlich finanzierten Hauslehrers bei grundsätzlichem Misstrauen in das öffentlich organisierte Bildungssystem dagegen entspricht nicht dem Ideal liberaler Bildungspolitik.

*4. Die Schulgebäude-Anwesenheitspflicht (Schulzwang) wurde in Deutschland 1938 eingeführt. Finden Sie, dass es nun an der Zeit ist, diese Regelung zu beenden und Verstöße dagegen nicht mehr zu sanktionieren?*

Der schulische Regelbetrieb in Präsenz hat gegenüber z.B. dem schulisch angeleiteten Lernen aus der Distanz, das in der Pandemie schon auf technische Probleme gestoßen ist, enorme Vorzüge. Es fördert auch die Integration und stärkt die Fähigkeit zum Umgang mit Vielfalt. Darüber hinaus weisen die Erfahrungen des Lockdowns darauf hin, dass die weitgehende Isolation von Kindern und Jugendliche ein hohes Risiko negativer Auswirkungen auf deren physische und psychische Gesundheit.

Die Schulen der Bundesrepublik wirken im Geiste des Grundgesetzes, sie dienen nicht der Ausgrenzung, sondern der Bildung für die selbstbewusste Lebensgestaltung und Integration in der pluralistischen Gesellschaft.

Schulabstinenz und -distanz bleiben eine Herausforderung für die Bildungsverantwortlichen, wenn es um die Sicherstellung von Voraussetzungen für ein „gesellschaftsfähiges – und verträgliches“ Leben, die Ausbildungs- und Berufsfähigkeit jedes Individuums geht. Die FDP sieht hier keinen Reformbedarf bei der Anwendung vorhandener Regularien zur Förderung der Unterrichtsteilnahme.

*5. Bei demokratischen Schulen sowie freien aktiven Schulen sind selbstbestimmtes Lernen, informelles Lernen und die Mitbestimmung der jungen Menschen ganz zentral. Unterstützen Sie dieses Bildungsmodell auch für junge Menschen, die schulfrei lernen?*

Die Bildungspolitik der FDP fokussiert die Lerninhalte und Bildungsziele nach bundesweit vergleichbaren Standards an öffentlichen (staatlichen wie „privaten“) Schulen, die selbstverständlich immer auch demokratisch sind und sein müssen. Wir

sind dabei im Interesse der Vermittlung von Fähigkeit zum selbständigen Wissenserwerb als Vorbereitung auf das lebenslange Lernen für Formen des selbstbestimmten Lernens offen.

Bei der Wahl der Methoden zur Vermittlung von Bildungsinhalten wollen wir den Schulen die Möglichkeiten der Wahl des nach ihrem Bildungskonzept geeignetsten Instrumentariums zur Vorbereitung von bundesweit vergleichbaren Bildungsabschlüssen einräumen.

*6. Was möchten Sie bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode 2026 für die Bildung der jungen Menschen in Berlin verändern, wenn Ihre Partei in Regierungsverantwortung gewählt wird?*

Die Schulkinder und Lehrkräfte sollen ein modernes Lehr- und Lernumfeld haben, das mit Hilfe modernster Technik, Didaktik und Infrastruktur auf die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft (z.B. der Digitalisierung) vorbereitet.

Wir stärken die vorschulische Bildung und verbessern die Chancengerechtigkeit aller Kinder – unabhängig von deren sozialen Status, ethnischen Hintergrund, Geschlecht oder religiösen Bekenntnis, ob mit oder ohne Behinderung. Wir sichern die Wahlfreiheit der Eltern durch die Förderung einer vielfältigen Schullandschaft, die sich an den Bedürfnissen und Begabungen aller Kinder orientiert.

Wir setzen auf die Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen bei der Auswahl geeigneter Lehrkräfte in multiprofessionellen Teams, wie auch der Anwendung geeigneter Lehrmittel und-methoden.

Über die Sicherung fundamentaler Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen) hinaus wollen wir Kreativzonen (Maker Spaces) in Schulen schaffen. Experimentelles Lernen soll die Eigenständigkeit, Kreativität sowie unternehmerische Aktivität der Schülerschaft fördern und stärken.

## **Die Linke**

*1. Ist Selbstbestimmte Bildung (als Alternative zur Beschulung) bereits in Ihrem Parteiprogramm enthalten?*

Nein, unser Wahlprogramm trifft dazu keine Aussage.

*2. Setzen Sie sich dafür ein, dass selbstbestimmtes Lernen als anerkannter Bildungsweg alternativ zur Beschulung ermöglicht wird?*

Nein, wir sind der festen Überzeugung, dass Schule nicht nur ein Ort formalisierten Lernens und Prüfens, sondern ein sozialer Ort bzw. ein Ort vor allem auch des informellen und sozialen Lernens ist, ein Ort an dem alle Kinder und Jugendlichen zusammenkommen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer individuellen Lebenssituation. Es sind die Schulen, an denen die Chancen, aber auch die Konflikte einer vielfältigen Berliner Stadtgesellschaft sichtbar werden und der Umgang damit

als gelebtes Miteinander, gelebte Demokratie & Mitbestimmung eingeübt wird. Diesen Aspekt halten wir für nicht ersetzbar. Lediglich in besonderen Ausnahmefällen können die Schulaufsichtsbehörden Schüler\*innen eine Befreiung von der Berufsschulpflicht erteilen.

*3. Wäre Ihre Partei bereit, dass auch für alternative Bildungsformen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden?*

Nein, siehe 2. Wir werden uns allerdings auch zukünftig nach Kräften dafür einsetzen, die vielfältigen bestehenden Angebote z.B. im Bereich der Kulturellen Jugendbildung zu stärken und Kooperationen mit Schulen zu unterstützen — wohlgeachtet aber als zusätzliche und ergänzende Angebote, nicht als Ersatz für den regulären Schulbesuch.

*4. Die Schulgebäude-Anwesenheitspflicht (Schulzwang) wurde in Deutschland 1938 eingeführt. Finden Sie, dass es nun an der Zeit ist, diese Regelung zu beenden und Verstöße dagegen nicht mehr zu sanktionieren?*

Seit 1919 schrieb die Weimarer Verfassung die allgemeine Schulpflicht für ganz Deutschland fest. 1794 wurde sie in Preußen bereits zur Staatsaufgabe erhoben. Die allgemeine Schulpflicht sieht DIE LINKE als Errungenschaft der Aufklärung und als Ermöglichung von Bildung für alle an.

Nicht zuletzt die pandemiebedingten Schulschließungen haben gezeigt, wie sehr insbesondere Kinder und Jugendliche, die zu Hause nur wenig Unterstützung erfahren (können), Schulen als Orte des sozialen und auch des formalen Lernens benötigen. Eine dauerhafte Abkehr von der Schulpflicht (im Sinne einer Präsenzpflcht) lehnen wir deshalb ab.

DIE LINKE setzt auch weiterhin darauf, die ökonomische und soziale Situation von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zu verbessern und Bildungsangebote wirklich allen zugänglich zu machen, siehe 6. Auch pädagogische Ansätze wie das Produktive Lernen in Schulen halten wir in diesem Zusammenhang für erfolgversprechend und ausbaufähig (siehe [www.iple.de/PL-Standorte/PL-Berlin.htm](http://www.iple.de/PL-Standorte/PL-Berlin.htm)).

Für die Dauer der Pandemie halten wir ein Aussetzen der physischen Präsenzpflcht allerdings für richtig. Familien müssen abhängig von ihrer individuellen Situation selbst entscheiden können, welchem gesundheitlichen Risiko sie sich aussetzen können. Für Schüler:innen, die nicht am Präsenzunterricht teilnehmen, müssen entsprechend Alternativangebote bereitgehalten werden, die aber nicht zu dauerhaften zusätzlichen Belastungen für Lehrkräfte führen dürfen. Auch für diese Gruppe muss eine durchgehende Beschulung gewährleistet sein.

*5. Bei demokratischen Schulen sowie freien aktiven Schulen sind selbstbestimmtes Lernen, informelles Lernen und die Mitbestimmung der jungen Menschen ganz zentral. Unterstützen Sie dieses Bildungsmodell auch für junge Menschen, die schulfrei lernen?*

Für DIE LINKE ist die Regelschule eine demokratische Schule. Das ist im Schulgesetz verankert.

DIE LINKE will selbstbestimmtes und informelles Lernen stärken und die Mitbestimmung von Schüler:innen ausbauen. Im Rahmen einer Schulgesetzänderung wird die rot-rot-grüne Koalition noch vor der Abgeordnetenhauswahl verschiedene bisher bestehende Mindestaltersbeschränkungen

z. B. für die Mitarbeit in schulischen Gremien abschaffen. Wir wollen den Klassenrat verbindlich im Schulgesetz verankern und Schüler:innengremien besser finanzieren. Darüber hinaus verpflichten wir die Schulen, sich im Rahmen ihres Schulprogramms Grundsätze der Demokratiebildung und der konkreten Beteiligung von Schüler:innen an der Gestaltung des Schulalltags zu geben. Generell setzen wir uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden und wollen u.a. eine erneute Initiative zur Absenkung des Mindestalters für die Teilnahme an den Abgeordnetenhauswahlen auf 16 Jahre starten.

All diese Vorhaben ändern jedoch nichts an unserem grundsätzlichen Festhalten an der Schulpflicht. Ihre Ausgangsfrage müssen wir deshalb mit nein beantworten.

*6. Was möchten Sie bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode 2026 für die Bildung der jungen Menschen in Berlin verändern, wenn Ihre Partei in Regierungsverantwortung gewählt wird?*

Für DIE LINKE ist und bleibt es oberste politische Priorität, Chancengleichheit beim Zugang und Erwerb von Bildung zu gewährleisten, Benachteiligungen entgegenzuwirken, Talente zu entdecken und zu fördern und auf diese Weise allen Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen zu ermöglichen — unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, von Herkunft, Geschlecht, Aufenthaltsstatus oder einer möglichen Behinderung. Nicht zuletzt die Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig es ist, dass Bildungsangebote wirklich allen offen stehen und zwar kostenlos und ohne unnötige Hürden. Noch vor der Wahl bringen wir deshalb gemeinsam mit unseren Koalitionspartnerinnen die Abschaffung der Bedarfsprüfung für die ergänzende Förderung und Betreuung (früher Hort) auf den Weg und die für die Klassenstufen 1 und 2 eingeführte Kostenbeteiligungsfreiheit wollen wir in der nächsten Wahlperiode auf die Klassenstufen 3 und 4 ausweiten. Die seit 2018 gültige Lernmittelfreiheit für Grundschüler:innen wollen wir zudem auf Schüler:innen der Sekundarstufe I ausdehnen. Gemeinschaftsschulen als inklusive schulstufenübergreifende Schulform wollen wir genauso wie Ganztagsangebote weiter stärken und Schulen in sozialen Brennpunkten angesichts ihrer spezifischen Herausforderungen besondere Unterstützung zukommen lassen. Das gilt insbesondere für die Lehrkräftezumessung und die Verteilung regulär ausgebildeter Lehrkräfte. Inklusion darf kein Lippenbekenntnis sein, sondern muss vor Ort gelebt werden. Dafür braucht es die notwendige Ausstattung. Zudem wollen wir die Berliner Schulbauoffensive fortsetzen, mit einer Ausbildungsinitiative dem Fachkräftemangel an Schulen entgegenwirken und die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte, Erzieher:innen und aller anderen an Schule Beschäftigten verbessern — um nur einige Schlaglichter zu nennen. Ausführlicher dargestellt finden Sie diese und weitere Vorhaben in unserem Wahlprogramm

([https://dieLinke.berlin/fileadmin/download/2021/wahlprogramm\\_ah21.pdf](https://dieLinke.berlin/fileadmin/download/2021/wahlprogramm_ah21.pdf), S. 98 bis 107).

## Alternative für Deutschland

*1. Ist Selbstbestimmte Bildung (als Alternative zur Beschulung) bereits in Ihrem Parteiprogramm enthalten?*

Nein. Angesichts der Erfahrung während der COVID19-Pandemie diskutiert die AfD über Möglichkeiten, das „Homeschooling“ zu stärken.

*2. Setzen Sie sich dafür ein, dass selbstbestimmtes Lernen als anerkannter Bildungsweg alternativ zur Beschulung ermöglicht wird?*

Nein. Der Begriff „Selbstbestimmtes Lernen“ steht aus Sicht der AfD nicht zwingend im Widerspruch zum schulischen Lernen. Auch in der Schule kann selbst gesteuert gelernt werden. Schulversuche zum „Selbstbestimmten Lernen“ würde die AfD unterstützen.

*3. Wäre Ihre Partei bereit, dass auch für alternative Bildungsformen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden?*

Ja. Die AfD unterstützt den Wunsch, finanzielle Mittel für alternative Bildungsformen innerhalb und außerhalb einer Schule bereitzustellen.

*4. Die Schulgebäude-Anwesenheitspflicht (Schulzwang) wurde in Deutschland 1938 eingeführt. Finden Sie, dass es nun an der Zeit ist, diese Regelung zu beenden und Verstöße dagegen nicht mehr zu sanktionieren?*

Nein. Eine allgemeine Schulpflicht bestand bereits seit 1919, Rechtsgrundlage war Art. 145 der Weimarer Reichsverfassung. Heutige Grundlage der Schulpflicht ist das Schulgesetz Berlin. Die AfD setzt sich dafür ein, dass das Schulgesetz im Sinne des staatlichen Bildungsauftrags auch konsequent umgesetzt wird. Eine Umwandlung der „Schulpflicht“ in eine „Bildungspflicht“ hält die AfD angesichts der Zunahme von politisch-weltanschaulicher Indoktrinationen an Schulen aber für diskussionswürdig. Voraussetzung wäre, dass im Einzelfall nachgewiesen wird, dass die Kinder außerhalb der Schule auch tatsächlich angemessen gefördert werden.

*5. Bei demokratischen Schulen sowie freien aktiven Schulen sind selbstbestimmtes Lernen, informelles Lernen und die Mitbestimmung der jungen Menschen ganz zentral. Unterstützen Sie dieses Bildungsmodell auch für junge Menschen, die schulfrei lernen?*

Ja. Demokratische Schulen bilden ein mögliches Modell, „schulfrei“ zu lernen. Die AfD unterstützt die Schaffung einer vielfältigen Struktur an Bildungsangeboten, um die elterliche Wahlmöglichkeit zu stärken. Es wäre wünschenswert, demokratische Schulen – dem realen Bedarf entsprechend – in Berlin zu etablieren. Dabei muss die Kritik von Bildungsexperten berücksichtigt bleiben, dass gerade Kinder aus bildungsfernem Elternhaus mit dem freien Lernen und der Neuen Lernkultur

überfordert sind und Anleitung benötigen. Eine Implementierung demokratischer Schulen in der Breite wäre aus diesem Grund nicht erstrebenswert.

*6. Was möchten Sie bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode 2026 für die Bildung der jungen Menschen in Berlin verändern, wenn Ihre Partei in Regierungsverantwortung gewählt wird?*

**Lehrpersonal und Schulbau:** Die AfD will sich auf die basalen Probleme der Schulpolitik konzentrieren. Schulen brauchen gut ausgebildete Lehrer, die hohe Zahl an Quereinsteigern gefährdet die Unterrichtsqualität. Die AfD fordert ein **Unterrichtsgarantiesgesetz**, um durch eine 110%ige Lehrerausstattung dem Unterrichtsausfall zu begegnen.

**Schulsanierungen und Schulbau** müssen unbürokratischer gestaltet werden und dürfen nicht an fehlendem Geld scheitern. Schüler brauchen eine moderne angenehme Lernumgebung.

**Schulerfolg:** Die AfD will eine Rahmenlehrplankommission einberufen. Ziel muss es sein, die Schulabbrecherquote zu senken und die Studierfähigkeit und Ausbildungsreife wieder herzustellen. Außerdem muss der Lehrplan entschlackt und durch Themen wie „Wirtschaft“ und „praktische Lebensführung“ ergänzt werden.

**Bildungspartnerschaft mit den Eltern:** Gute Schulen haben eine starke **Elternbeteiligung**. Die AfD will ihr Konzept Eltern-Aktiv-Schulen umsetzen. Während Rot-Rot-Grün elterliches Handeln durch staatliche Maßnahmen ersetzen will, will die AfD ein „Empowerment“ für Eltern. Neben der Verbesserung der Schulkultur gehört dazu auch die Stärkung von **Schulfördervereinen** und die Einführung eines **Elektronischen Klassenbuchs**.

**Disziplin:** Wichtig für die AfD ist die Erziehung zu Disziplin und Selbstdisziplin. Beispielgebend ist für uns die Friedrich-Bergius-Schule. Zur Förderung der Disziplin will die AfD die Erstellung von **Schulvereinbarungen** festschreiben. Zur Stärkung der Disziplin wird sich die AfD dafür einsetzen, die Vergabe von **Kopfnoten** (Ordnung, Mitarbeit, Fleiß und Betragen) gesetzlich zu regeln.

**Schülerwettbewerbe:** Entsprechend einer konkreten Anregung aus der Bildungswissenschaft will die AfD ein Recht auf Teilnahme an Schülerwettbewerben im Schulgesetz verankern. Damit wollen wir die Lust an Leistung und Wettbewerb steigern.

**Schülerevaluation:** Lehrkräfte sollen verpflichtet werden, alle zwei Jahre an einer Evaluation ihrer Unterrichtspraxis teilzunehmen. Anders als bisher müssen auf negative Resultate auch Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrqualität folgen. Dies erscheint uns gerade aufgrund der hohen Zahl an Quereinsteigern ein sinnvoller Ansatz zur Sicherung der Schulqualität.

**Gymnasien:** Die AfD wird sich für die Abschaffung der MSA-Prüfung am Gymnasium einsetzen. Die Zahl der grundständigen Gymnasien (ab der 5. Klasse) sollte nicht mehr gedeckelt werden.

**Begabtenförderung:** Die AfD will durch schulische und außerschulische Angebote die Begabtenförderung stärken und ausbauen. Alle Kinder haben ein Recht auf optimale Förderung.

**Differenzierte Sprachförderkonzepte:** Schüler sollen entsprechend der erreichten Niveaustufe der deutschen Sprache in möglichst homogene Lerngruppen zusammengefasst werden. Rot-Rot-Grün hat Resteschulen geschaffen mit einem Ausländeranteil von 90 bis 100 Prozent. Die AfD will dieser Segregation entgegenwirken und durch „**Deutsch-Garantie-Klassen**“ einen School-Turnaround vorantreiben.

**Sommerschule:** In § 41 SchulG Berlin will die AfD eine Regelung zur verpflichtenden Sommerschule verankern. Besteht bei Schülern ein besonderer Förderbedarf, insbesondere beim Erwerb der deutschen Sprache, sollte auch in den Schulferien ein Schulbesuch oder die Teilnahme an Lernangeboten angeordnet werden können.

**Mobbing:** Jede Schule muss ein Präventions- und Interventionskonzept gegen Gewalt und Mobbing entwickeln, das Sensibilisierung schafft, Handlungsketten bereithält und den Opferschutz stärkt.

**Inklusion:** Die AfD setzt auf „Inklusion mit Augenmaß“. Die Förderschulen müssen erhalten bleiben. Eine hohe Inklusionsquote ist noch kein Erfolgskriterium. Bislang war die Inklusion nur ein Einsparmodell des Senats.

**Landesbeauftragter:** In Analogie zum Landesbeauftragten für Jugend in Brandenburg will die AfD für die Bereiche Bildung und Erziehung eine unabhängige Beschwerdestelle schaffen, die jährlich Bericht erstattet. Diese Stelle soll der Durchsetzung des Rechts auf Bildung, der Anti-Diskriminierung und der Verpflichtung zur Neutralität dienen und Beseitigung von schulorganisatorischen Problemen beitragen.

Das Bildungskonzept der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus finden Sie hier zum Herunterladen: [https://issuu.com/kommunikation-aus-berlin/docs/afd-bf-bildungskonzept\\_2019](https://issuu.com/kommunikation-aus-berlin/docs/afd-bf-bildungskonzept_2019)

## Ökologisch-Demokratische Partei

*1. Ist Selbstbestimmte Bildung (als Alternative zur Beschulung) bereits in Ihrem Parteiprogramm enthalten?*

Nein.

*2. Setzen Sie sich dafür ein, dass selbstbestimmtes Lernen als anerkannter Bildungsweg alternativ zur Beschulung ermöglicht wird?*

Nein.

*3. Wäre Ihre Partei bereit, dass auch für alternative Bildungsformen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden?*

Das kann man so pauschal weder bejahen noch verneinen. Wenn damit gemeint ist, die Schulpflicht abzulösen, ist die Antwort „nein“. Die Förderung von kreativen und guten Lehr- und Lernangeboten und Weiterentwicklung von Schulkonzepten „Ja“. Im Bundespolitischen Programm der ÖDP, Stand 2021, findet man unter anderem folgende Passage:

„Die ÖDP vertritt ein ganzheitliches Bildungskonzept, welches das Lernen mit allen Sinnen beinhaltet und die Entfaltung des Einzelnen im Rahmen seiner Möglichkeiten zum Ziel hat. Dabei geht es um eine Chancengleichheit, deren Ziel nicht darin besteht, möglichst viele Kinder zum Abitur zu führen, sondern vielmehr darin, jedem die Möglichkeit zu geben, seinen Begabungen entsprechend gefördert zu werden und so seinen Weg zu gehen. Muische Fächer und kreative Angebote sind in allen Bildungseinrichtungen aufzuwerten, um das Empfindungsvermögen und die Vielschichtigkeit der Welterfahrung zu steigern. Dementsprechend soll die Schullandschaft möglichst vielfältig sein. Dazu gehören sowohl ein dreigliedriges, durchlässiges Schulsystem als auch Gesamtschulen bzw. Gemeinschaftsschulen und Modelle freier Träger. Staatlich anerkannte und genehmigte private Schulen sind staatlichen Schulen gleichzustellen. Ganztagesesschulen und Ganztagesbetreuungsangebote sollen bedarfsgerecht das bisherige Schulangebot ergänzen.“

*4. Die Schulgebäude-Anwesenheitspflicht (Schulzwang) wurde in Deutschland 1938 eingeführt. Finden Sie, dass es nun an der Zeit ist, diese Regelung zu beenden und Verstöße dagegen nicht mehr zu sanktionieren?*

Es gibt hierzu keine Beschlusslage der ÖDP Berlin und –soweit ich es überblicken kann- auch nicht der ÖDP insgesamt. Letztlich ist aber durch die Erfahrungen der coronabedingten Schulschließungen vieles infrage gestellt worden. Meine persönliche Einschätzung auf Basis der eigenen familiären Erfahrungen in den letzten Monaten ist, dass der Präsenzunterricht sehr vermisst wurde und für die Kinder der direkte Kontakt zu Mitschülern und Lehrern beim Lernen eine große Rolle spielt. Dies sollte bei der Weiterentwicklung von Schul- und Bildungskonzepten berücksichtigt werden.

*5. Bei demokratischen Schulen sowie freien aktiven Schulen sind selbstbestimmtes Lernen, informelles Lernen und die Mitbestimmung der jungen Menschen ganz zentral. Unterstützen Sie dieses Bildungsmodell auch für junge Menschen, die schulfrei lernen?*

Hier verstehe ich die Frage leider nicht ganz. Da es eine Schulpflicht gibt, ist mir die Zielgruppe nicht klar.

*6. Was möchten Sie bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode 2026 für die Bildung der jungen Menschen in Berlin verändern, wenn Ihre Partei in Regierungsverantwortung gewählt wird?*

Als Antwort ein kleiner Auszug aus unserem Wahlprogramm für Berlin: „Herz und Verstand“ auszubilden ist die wichtigste Aufgabe der Schulen, verfrühter oder übermäßiger Einsatz digitaler Medien, wie er neuerdings propagiert wird, lenkt genau davon ab und stört die Erziehung anstatt sie zu fördern. Die Grundschüler brauchen

motorische und sinnliche Erfahrung und Teamarbeit mit echten Menschen, nicht mit Computern. Einführung eines steuer- und sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgehalts, das echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung bietet. (Mehr zu unserem Konzept findest du auf

<https://www.oedp.de/programm/grundsatzprogramm/bindung-und-bildung/erziehungsgehalt> )

- Verbesserte Instandhaltung der Bildungseinrichtungen für angenehmere Lernatmosphäre (...). Lernmittel sollen kostenlos zur Verfügung stehen und keine Finanzierung durch Kopiergeld.
- Schulunterricht für alle Sinne: Musisches, Medienkompetenz, Kochen können für alle Kinder, ein verstärktes Gewicht auf lebenskundliche Fächer wie Werken, Theaterunterricht, Anlegen eines Schulgartens. Erfahrung dabei von Selbstwirksamkeit und Freude am Genuss. Nebenbei können Einsichten in ökologische Zusammenhänge, (un-)fairen Welthandel, Tierschutz und Gesundheitsvorsorge gewonnen werden.

## **Partei Mensch Umwelt Tierschutz**

Wir [Kandidatinnen der Partei Mensch-Umwelt-Tierschutz] möchten gern auf ihre Frage antworten.

Uns liegt das Thema Bildung, insbesondere die nachhaltige Bildung, die Klimaveränderung und der damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderung sehr am Herzen. Wir sehen hier einen engen Zusammenhang.

Denn angesichts der Klimakatastrophe vor unserer Haustür ist es notwendiger denn je Umweltbildung, selbstbestimmtes Lernen und Klimawandel zusammen zudenken und praktischen Unterricht, wie er z.B. in Lernwerkstätten stattfindet, zu fördern. BNE - Lernen in globalen Zusammenhängen ist zwar seit dem Schuljahr 2018/19 in den Rahmenlehrplänen als übergreifendes Thema enthalten. Es ist aber immer noch der Findigkeit und dem Engagement des einzelnen Lehrers zu verdanken, die Angebote von (umwelt)pädagogischen Einrichtungen zu nutzen und Alltagspraktisches Lernen anzubieten.

In der Berliner Strategie für Biologische Vielfalt wurde bereits 2012 beschlossen, jedem Berliner Grundschulkind wenigstens einmal im Jahr den Besuch einer umweltpädagogischen Einrichtung zu ermöglichen. Die Realität sieht allerdings anders aus. Das Lernen in Form von Lernwerkstätten wird weiterhin stiefmütterlich behandelt und es ist zu befürchten, dass hier erneut der Rotstift angesetzt wird.

Will man den Klimawandel eindämmen, verlangsamen, müssen die Mechanismen begriffen werden, die Naturgesetze, die ihm zugrundeliegen. Nur so lassen sich die notwendigen Maßnahmen ableiten. Das geht unmittelbar über praktisches Lernen und ist die Grundlage für Handlungs- und Zukunftszuversicht. Hier geht es sowohl um Bildungsgerechtigkeit als auch um Umweltgerechtigkeit. Lernwerkstätten wie z.B. das Helleum in Hellersdorf, müsste es zB für jede Schule geben.

Doch die Schule beginnt wieder mit "Zensurensammeln".  
Erlebnispädagogische Angebote wären jetzt das Beste, um Kinder wieder für das Lernen zu begeistern und die Verlorengegangenen wieder heranzuführen. Die erlebnispädagogischen Aufholpakete sind bereits geschnürt. Akteure, z.B. bei den Freien Trägern, scharren mit den Hufen. Die Angebote korrespondieren mit den Rahmenlehrplänen für Sachkunde und Naturwissenschaften.

Es wird Zeit, daß sich Bildung wieder dem Leben zuwendet und Kinder tatsächlich auf das Leben vorbereitet.

## **Menschliche Welt für das Wohl und Glücklich-Sein aller**

*1. Ist Selbstbestimmte Bildung (als Alternative zur Beschulung) bereits in Ihrem Parteiprogramm enthalten?*

Ja.

*2. Setzen Sie sich dafür ein, dass selbstbestimmtes Lernen als anerkannter Bildungsweg alternativ zur Beschulung ermöglicht wird?*

Ja.

*3. Wäre Ihre Partei bereit, dass auch für alternative Bildungsformen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden?*

Ja.

*4. Die Schulgebäude-Anwesenheitspflicht (Schulzwang) wurde in Deutschland 1938 eingeführt. Finden Sie, dass es nun an der Zeit ist, diese Regelung zu beenden und Verstöße dagegen nicht mehr zu sanktionieren?*

Ja.

*5. Bei demokratischen Schulen sowie freien aktiven Schulen sind selbstbestimmtes Lernen, informelles Lernen und die Mitbestimmung der jungen Menschen ganz zentral. Unterstützen Sie dieses Bildungsmodell auch für junge Menschen, die schulfrei lernen?*

Ja.

*6. Was möchten Sie bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode 2026 für die Bildung der jungen Menschen in Berlin verändern?*

Wir setzen für die oben genannten Veränderungen ein.

Langfristig treten wir dafür ein, dass das Bildungssystem von Bildungsräten geleitet wird.

Bildungs- und Lehrpläne sollten von diesen Bildungsräten – bestehend aus Fachleuten wie Lehrern, Professoren, Erziehungswissenschaftlern, Pädagogen, engagierten Eltern, StudentInnen und SchülerInnen – entwickelt werden.

Wir wollen, dass das Bildungssystem frei von jeglicher parteipolitischer oder kommerzieller Einflussnahme ist.

## **Deutsche Konservative**

*1. Ist Selbstbestimmte Bildung (als Alternative zur Beschulung) bereits in Ihrem Parteiprogramm enthalten?*

Nein, noch nicht im Parteiprogramm so verarbeitet. Aber dennoch ein guter Gedankenanstoß.

*2. Setzen Sie sich dafür ein, dass selbstbestimmtes Lernen als anerkannter Bildungsweg alternativ zur Beschulung ermöglicht wird?*

Ja, werden wir uns einsetzen wenn, es das Kind selber will und sich eng an den Lehrplan hält. Dieses hat ja wie wir wissen auch bei Corona geklappt.

*3. Wäre Ihre Partei bereit, dass auch für alternative Bildungsformen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden?*

Ja, würden wir uns einsetzen. Die Haushaltsmittel in der Bildung gehören sofort erhöht!

*4. Die Schulgebäude-Anwesenheitspflicht (Schulzwang) wurde in Deutschland 1938 eingeführt. Finden Sie, dass es nun an der Zeit ist, diese Regelung zu beenden und Verstöße dagegen nicht mehr zu sanktionieren?*

Ja, wenn der Lehrplan eingehalten wird und stetich Kontrolliert wird und ein Austausch mit der nächstgelegenen Schule stattfindet.

*5. Bei demokratischen Schulen sowie freien aktiven Schulen sind selbstbestimmtes Lernen, informelles Lernen und die Mitbestimmung der jungen Menschen ganz zentral. Unterstützen Sie dieses Bildungsmodell auch für junge Menschen, die schulfrei lernen?*

Ja, wenn es zur Verbesserung des Lehrplans oder der Abläufe beiträgt!

*6. Was möchten Sie bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode 2026 für die Bildung der jungen Menschen in Berlin verändern?*

Wir wollen keine Testpflicht mehr und Masken in den Schulen! Mehr Geld für Bildung! Verbesserung für Lehrer und Erzieher, Modernisierung von Schulgebäuden!

## **Partei für Gesundheitsforschung**

*Die Partei für Gesundheitsforschung hat auf die Fragen wiederholt 1-5 mit folgendem Absatz geantwortet:*

Die Partei für Gesundheitsforschung ist eine Ein-Themen-Partei, die als einziges Ziel hat, die Entwicklung wirksamer Medizin gegen Alterskrankheiten wie Krebs und Alzheimer zu beschleunigen. Dafür sollen 10 Prozent des Staatshaushaltes zusätzlich in diesen Bereich investiert werden. Ihr Ziel will sie in Zusammenarbeit mit anderen Parteien erreichen. In alle anderen politischen Themen will sie sich nicht einmischen.

*6. Was möchten Sie bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode 2026 für die Bildung der jungen Menschen in Berlin verändern, wenn Ihre Partei in Regierungsverantwortung gewählt wird?*

Für unser Thema relevante Fachbereiche an den Universitäten wie z.B. Biochemie und Medizin sollen ausgebaut werden, und wesentlich mehr Leute sollen einen Studienplatz in diesen Bereichen bekommen

## **bergpartei, die überpartei**

*1. Ist Selbstbestimmte Bildung (als Alternative zur Beschulung) bereits in Ihrem Parteiprogramm enthalten?*

Jaa

*2. Setzen Sie sich dafür ein, dass selbstbestimmtes Lernen als anerkannter Bildungsweg alternativ zur Beschulung ermöglicht wird?*

Jaaa

*3. Wäre Ihre Partei bereit, dass auch für alternative Bildungsformen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden?*

Jaaaaaa

*4. Die Schulgebäude-Anwesenheitspflicht (Schulzwang) wurde in Deutschland 1938 eingeführt. Finden Sie, dass es nun an der Zeit ist, diese Regelung zu beenden und Verstöße dagegen nicht mehr zu sanktionieren?*

jaaaha

*5. Bei demokratischen Schulen sowie freien aktiven Schulen sind selbstbestimmtes Lernen, informelles Lernen und die Mitbestimmung der jungen Menschen ganz zentral. Unterstützen Sie dieses Bildungsmodell auch für junge Menschen, die schulfrei lernen?*

Jaha-

*6. Was möchten Sie bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode 2026 für die Bildung der jungen Menschen in Berlin verändern, wenn Ihre Partei in Regierungsverantwortung gewählt wird?*

antwort:

wir werden erst in der regierungsverantwortung sein, wenn die soziale bewegung uns dort hin gespült hat. der fall setzt bereits voraus, dass sich bei der bildung vieles verändert hat. von unten, von kleinen gruppen ausgehend. kleine autonome und hierarchiefreie projekte, die irgendwann größere ausmasse annehmen. unsere wahlteilnahme ist nur ein weg der einflussnahme. veralterte gesetze und bräuche aus den dunkelsten kapiteln unserer geschichte lassen sich mit direkten ungehorsam und der bildung gegenseitiger hilfe aushebeln. am ende braucht es eine revolution auf der straße, um die monopole auf wissen, deutung, wahrheit und geistiges eigentum zu durchbrechen. ein dekolonialisiertes wissen heisst auch eine dekolonialisierte struktur des austauschs unterschiedlicher positionen. schon jetzt kann die alternative welt beginnen, logischer weise bei den kleinsten.

miau, amen und danke für die aufmerksamkeitsspanne für 1 erklär-politnik ;)

## **Liberaler Demokraten – die Sozialliberalen**

Gerne beantworte ich die Fragen und möchte diese auch begründen.

Einleitung:

Bildung hat bei uns einen hohen Stellenwert und wird in unserer Arbeit mit sehr viel Enthusiasmus diskutiert. Wir sehen in der jetzigen Praxis ein großes Problem, welches es zu lösen gilt. Dabei spielt die Form der Bildung in unserem Land eine überragende Rolle. Der einleitende Satz unseres Programmpunktes soll eine grundlegende Orientierung für unser Bildungssystem haben.

*„Kindern die größtmöglichen Chancen zu eröffnen, ist eines der wichtigsten Ziele sozialliberaler Politik. Möglich ist das nur durch moderne, gut finanzierte Bildung, denn diese ist die Grundlage für die Zukunft der nächsten Generation und somit auch für die Zukunft der Gesellschaft.*

*Bildung ist für die Liberalen Demokraten der Weg in ein selbstbestimmtes Leben und damit Ausdruck der Freiheit. Deshalb müssen ambitionierte Reformen angestoßen und es muss in die Bildung investiert werden. Ein Sparen an der Bildung ist schädlich für die Zukunft der Gesellschaft.*

*Für uns Liberale Demokraten ist klar, dass die individuelle Entwicklung und Förderung der Kinder im Mittelpunkt stehen muss. Talente, Interessen und Stärken*

*der Kinder müssen erkannt und gezielt gefördert werden; sie dürfen vor allem mit ihren Schwächen nicht sich selbst überlassen bleiben, sondern ihnen muss Unterstützung zuteilwerden“ (Quelle: <https://liberale-demokraten.de/positionen/bildung/>)*

Ich möchte auch hier anführen, dass wir unsere Arbeit als Ergebnis wissenschaftlicher Erkenntnisse ausrichten und das Recht des einzelnen einen besonderen Stellenwert hat.

### ***Nun zu den Fragen.***

**1. Ist Selbstbestimmte Bildung (als Alternative zur Beschulung) bereits in Ihrem Parteiprogramm enthalten? [ja/nein]**

Nein.

Nicht als Alternative, sondern als Bestandteil eines neuen Schulsystems.

**2. Setzen Sie sich dafür ein, dass selbstbestimmtes Lernen als anerkannter Bildungsweg alternativ zur Beschulung ermöglicht wird? [ja/nein]**

Dieser Punkt wurde noch nicht ausführlich in unsere Arbeit berücksichtigt.

**3. Wäre Ihre Partei bereit, dass auch für alternative Bildungsformen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden? [ja/nein]**

Ja.

**4. Die Schulgebäude-Anwesenheitspflicht (Schulzwang) wurde in Deutschland 1938 eingeführt. Finden Sie, dass es nun an der Zeit ist, diese Regelung zu beenden und Verstöße dagegen nicht mehr zu sanktionieren? [ja/nein]**

Ja. Wenn sichergestellt wird, dass die Schüler\_innen, die Lernziele erreichen können.

**5. Bei demokratischen Schulen sowie freien aktiven Schulen sind selbstbestimmtes Lernen, informelles Lernen und die Mitbestimmung der jungen Menschen ganz zentral. Unterstützen Sie dieses Bildungsmodell auch für junge Menschen, die schulfrei lernen? [ja/nein]**

Persönliche Auffassung als Kandidat:

Ja.

**6. Was möchten Sie bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode 2026 für die Bildung der jungen Menschen in Berlin verändern, wenn Ihre Partei in Regierungsverantwortung gewählt wird?**

Aufgabe der nächsten Legislaturperiode wird es sein, die personellen und finanziellen Mittel und Möglichkeiten so einzusetzen, dass die Bildung unserer Kinder und heranwachsenden Jugendlichen nach Ihren individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten ermöglicht wird. Jeder hat ein Recht auf gleiche Chancen sein Potential umzusetzen und weiterzuentwickeln.

## Aktion Partei für Tierschutz

Wir vertreten den Tierschutz in allen denkbaren Zusammenhängen, selbstverständlich zählt der Bereich von Erziehung und Bildung als einer der wichtigsten, der das Verhältnis zu Umwelt, Natur und Tierschutz prägend mitbestimmt, dazu. Für mein früheres Service-Learning-Projekt "Tierschutzlehrer" (Lehrveranstaltung im Rahmen der Lehramtsstudiengänge an der Universität Duisburg-Essen: "Konzepte der Werteerziehung: Tierschutz in Erziehung, Schule und Unterricht") als Wissenschaftlicher Mitarbeiter habe ich 2009 in München am "Runden Tisch" die Auszeichnung als "Offizielles Projekt der Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung" 2010/11 erhalten. Daran allein erkennen Sie die institutionelle Verankerung. Tierschutz schließt hier an das bestehende Curriculum an und begründet kein neues Fach. Vielmehr bieten die Fächer an sich an allen Schulformen vielfältige Anknüpfungspunkte für tierschutzbezogene Fragestellungen, bis auf wenige Ausnahmen vielleicht. Dass im selbstbestimmten Lernen das Interesse an Natur und Tieren das Lernen vorantreibt, immer neue Wissensgebiete zu erschließen, möchte ich gar nicht in Abrede stellen, ganz im Gegenteil - die Mensch-Tier-Beziehung spiegelt sich auf vielfältige Weise darin wieder: Ernährung/Hauswirtschaft, Biologie, Erdkunde, Geschichte, Kunst, Musik, Deutsch/Literatur/Sprachen...

Nun erreichen uns immer wieder Anfragen (in wachsender Intensität Wahlprüfsteine) von ganz unterschiedlichen Initiativen und Interessengruppen. Viele dieser Themen haben wir in der Tat noch nie beraten oder uns überhaupt näher damit befasst. Diese können aber durchaus impulsgebend sein, auch für spätere Wahlprogramme. Im Prinzip ist es aber so, und damit reden wir nicht um den heißen Brei herum, sondern Klartext: Selbst wenn wir den Wahlprüfsteinen, egal von wem, in allen Belangen entsprechen, resultiert daraus überhaupt nicht zwingend eine Wahlempfehlung, weil man einer kleinen Partei den Einzug in das jeweilige Parlament gar nicht zutraut und die Stimme deshalb als verschenkt ansieht. Und bei der geringfügigsten Abweichung von den Forderungen aus den Wahlprüfsteinen einer Initiative hat eine Partei sich im Grunde genommen schon disqualifiziert. Trotzdem möchte ich Ihre Fragen nicht unbeantwortet lassen:

1. nein
2. nein
3. ja [siehe ggf. auch Wahl-O-Mat / Wahlswiper].
4. nein
5. nein

[Reform-/Alternativschulen als Ergänzung zum bestehenden Schulsystem erachten wir als sinnvoll, aber eben im institutionellen Rahmen. Homeschooling/Deschooling nein, wir sehen dafür auch überhaupt keine politischen Mehrheiten ungeachtet dessen, was wir persönlich abweichend dazu vertreten würden.]